



## **ASIEN/PHILIPPINEN - Missionar: „Friedensvereinbarungen sind ausschlaggebend für die Zukunft Mindanaos“**

Zamboanga (Fidesdienst) – Die Friedensvereinbarungen zwischen der philippinischen Regierung und den Rebellen der „Moro Islamic Liberation Front“ (MILF), „sind entscheidend für die Zukunft von Mindanao und dessen Entwicklung und kommen sowohl Christen als auch Muslimen und den eingeborenen Lumad zugute“, so P. Sebastiano D’Ambra (pime). Der seit 40 Jahren als Missionar auf der Insel Mindanao tätig ist und dort die muslimisch-christliche Bewegung „Silsilah“ gründete. „Präsident Aquino“, so der Missionar weiter, „hat sich in großem Maß für die Friedensvereinbarungen eingesetzt, doch beide Seiten zeigten guten Willen. Hauptsächlich ging es um die Einigung über die Frage des Landbesitzes der lokalen muslimischen Gemeinden“. Doch, so P. D’Ambra, „gibt es immer noch muslimische Gruppen, die mit den Vereinbarungen nicht einverstanden sind und weiter kämpfen wollen“. Deshalb „sind der Dialog und der Aufbau guter Beziehungen zwischen Christen und Muslimen im Süden der Philippinen auch in Zukunft besonders wichtig“.

In den vergangenen Tagen kam es nach einem 40jährigen Konflikt zu einer Einigung zwischen Regierung und Rebellen. Die Vereinbarungen wurden im Rahmen der 32. Sitzung der Verhandlungen unterzeichnet, die vom 2. bis 7. Oktober in Kuala Lumpur stattfand und werden als „Meilenstein“ bezeichnet. Das Abkommen soll offiziell am 15. Oktober ratifiziert werden. Ein einer gemeinsamen Verlautbarung der Verhandlungsteilnehmer werden die Vereinbarungen als „tragendes Element für den Prozess des Friedens“ bezeichnet und als „Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden auf Mindanao“.

Die Vereinbarungen, über die die Bürger in einem Referendum abstimmen sollen, sieht die Schaffung einer halb-autonomen muslimischen Region Mindanao bis zum Jahr 2016 vor. Auf Mindanao lebt die muslimische Minderheit der Philippinen mit rund 6 Millionen Mitgliedern. Die Regierung wird weiterhin für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen sowie für Außen- und Wirtschaftspolitik verantwortlich sein.

Das Verhandlungsergebnis gilt als Erfolg für Benigno Aquino jr, der in seinem Regierungsprogramm Friedensvereinbarungen versprochen hatte, die „die Rechte, die Würden und den Wohlstand“ der muslimischen Einwohner garantieren, dabei aber auch „die Souveränität und die Verfassung der Philippinen respektieren“ sollen. (PA) (Fidesdienst, 08/10/2012)